

A n t r a g *)

der Fraktionen der SPD, CDU und FDP

Zukunftsperspektiven für ältere Menschen: Altern als Chance begreifen, Potenziale des demographischen Wandels nutzen, die Politik für eine Gesellschaft des längeren Lebens gestalten

I. Der Landtag stellt fest:

Der demographische Wandel stellt unsere Gesellschaft für die Zukunft vor große Herausforderungen. Gleichzeitig bringt er aber auch eine Menge Chancen für unsere Gesellschaft mit sich. In Rheinland-Pfalz leben derzeit rund 960 000 Bürgerinnen und Bürger, die über 60 Jahre alt sind. Viele von ihnen verfügen über Erfahrungen und Kompetenzen, die für das gesellschaftliche Zusammenleben in unserem Land wichtig sind. Es ist deshalb von großer Bedeutung, dass diese Kompetenzen, Erfahrungen und das Handlungspotenzial des Alters in der Öffentlichkeit erkannt und anerkannt werden: Altern muss als Chance begriffen werden. Die Potenziale der Älteren und nicht die Risiken sollen im Mittelpunkt einer Politik für eine Gesellschaft des längeren Lebens stehen. Es gilt, die Chancen einer Gesellschaft des längeren Lebens zu begreifen und zu nutzen. Noch nie gab es so viele mobile und gut ausgebildete ältere Menschen wie heute. Vor diesem Hintergrund kommt dem lebenslangen Lernen und einer altersgerechten Arbeitswelt eine besondere Bedeutung zu. In diesem Zusammenhang wird es auch immer wichtiger, flexiblere Formen des Renteneintritts zu ermöglichen.

Ältere Menschen wollen und können ein selbstverantwortliches und ein mitverantwortliches Leben führen. Sie sind ein Aktivposten unserer Gesellschaft. Gesellschaftliche Teilhabe und Selbstbestimmung sind konstitutive Merkmale einer Gesellschaft des längeren Lebens. Die Entwicklungsmöglichkeiten im Alter und jedes Einzelnen im Alter zu nutzen, bedeutet die Lebensqualität des einzelnen Menschen zu erhöhen. Gleichzeitig können sie auch bedeutende Impulse für unsere Wirtschaft und Gesellschaft geben. Ziel bleibt, die Beteiligungsrechte von älteren Menschen weiter zu verbessern und ihre Kompetenzen und Erfahrungen bei der Gestaltung des gemeinschaftlichen Lebens in den Kommunen zu nutzen, wenn sie dieses wollen. Familien brauchen zu ihrer Entwicklung den Austausch über die Generationen hinweg, ältere Menschen sind oftmals auch Großeltern und unterstützen und fördern in dieser Aufgabe die Entwicklung von Familien. Ihnen hier weitere Möglichkeiten zu bieten, ist eine Aufgabe der Gesellschaft. Eine intakte Familienstruktur kommt aber auch dann den älteren Menschen zu Gute, wenn diese auf Hilfe – z. B. durch Pflegebedürftigkeit – angewiesen sind.

*) Dieser Antrag tritt an die Stelle des Entschließungsantrags der Fraktion der CDU – Drucksache 15/1704 – und des Antrags der Fraktion der SPD – Drucksache 15/1722 –.
Der Präsident des Landtags hat den Antrag gemäß § 60 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Landtags unmittelbar an den Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

Fast alle älteren Menschen wünschen sich, möglichst lange zuhause, in den eigenen Räumlichkeiten, leben zu können. Das macht die Entwicklung neuer, den Wünschen älterer Menschen angepasster Wohn- und Lebensformen zu einer zentralen Aufgabe einer zukunftsgerichteten Politik einer Gesellschaft des längeren Lebens. Haus- und Wohngemeinschaften und die Entwicklung von nachbarschaftlichen Netzwerken im Wohnquartier sind hierbei ein wichtiges Instrument, um der Gefahr der Isolation im Alter vorzubeugen. Die Mehrgenerationenhäuser und Häuser der Familie leisten dazu einen bedeutenden Beitrag. Darüber hinaus gilt es verstärkt bürgerschaftliches Engagement zu fördern, z. B. auch mittels „Pflegenetzwerke auf Gegenseitigkeit“.

II. Der Landtag begrüßt

- das vielfältige Engagement von Seniorinnen und Senioren in Rheinland-Pfalz, das sich auch in den landesweit 74 aktiven kommunalen Seniorenbeiräten ausdrückt,
- die Initiativen der Landesregierung für Seniorinnen und Senioren in Rheinland-Pfalz in dem Bewusstsein, dass Seniorinnen und Senioren ein Aktivposten unserer Gesellschaft sind und ein längeres Leben vielfältige Chancen bietet,
- die Zusammenarbeit der Landesregierung mit der Landesseniorenvertretung Rheinland-Pfalz e. V. und die Arbeit des Landesfachbeirats für Seniorenpolitik.

III. Mit der demographischen Entwicklung steigt der Anteil älterer Menschen in unserem Land. Aber auch ihr Selbstverständnis und ihre Erwartungen befinden sich im Wandel. Die Politik in Rheinland-Pfalz muss auf allen Ebenen auf diese Veränderungen eingehen und den älteren Menschen in Rheinland-Pfalz und ihrer gesellschaftlichen Bedeutung gerecht werden. Sie muss auf kommunaler und auf Landesebene die demographische Entwicklung und die strukturellen Eigenschaften der Gruppe älterer Menschen analysieren und programmatische Aussagen sowie konzeptionelle Entscheidungen zur Entwicklung seniorenpolitischer Zukunftsperspektiven treffen. Dabei sollen auch das Gender Mainstreaming-Konzept und die Politik für ältere Menschen mit Migrationshintergrund besondere Berücksichtigung finden. Auf der Bundesebene gilt es weiterhin die Rentenversicherung den demographischen Herausforderungen anzupassen und gleichzeitig dafür Sorge zu tragen, dass die Lohnzusatzkosten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht signifikant ansteigen. Gleiches gilt für die notwendigen Reformschritte im Bereich der Pflegeversicherung. Dabei muss die gesetzliche Alterssicherung armutsfest gemacht werden.

Der Landtag spricht sich dabei für folgende Zielsetzungen und Schwerpunkte aus:

1. Gewährleistung einer aktiven Lebensgestaltung im Alter durch
 - 1.1 geeignete Angebote zur Vermittlung von Erfahrung und Wissen, beispielsweise durch Patenschaften für junge Familien, in Kindertagesstätten, Schulen oder in der beruflichen Ausbildung,
 - 1.2 Angebote von Möglichkeiten zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und der zivilgesellschaftlichen Arbeit mit älteren Menschen und für ältere Menschen,
 - 1.3 Förderung generationenübergreifender Begegnungen z. B. in den Häusern der Familie/Mehrgenerationenhäusern,
 - 1.4 Unterstützung des lebenslangen Lernens bis ins hohe Alter durch den Ausbau von seniorengeeigneten Bildungs- und Weiterbildungsangeboten,
 - 1.5 Gestaltung seniorenrechtlicher Kulturangebote,
 - 1.6 Schaffung einer Mobilitätsinfrastruktur, die eine aktive Lebensgestaltung auch im Alter ermöglicht.
2. Voraussetzungen für eine selbständige und selbstbestimmte Lebensführung durch

- 2.1 Weiterentwicklung neuer und innovativer Wohnformen und Wohnangebote mit dem Ziel, dass Menschen möglichst lange zuhause in den eigenen und vertrauten Räumlichkeiten leben können,
- 2.2 seniorengerechte Wohnumfelder,
- 2.3 seniorengerecht gestaltete öffentliche Räume und Strukturen zur Gewährleistung von Sicherheit, Schutz vor Gewalt und geeigneter Dienst- und Hilfeangebote.
3. Sicherstellung einer seniorengerechten Gesundheits- und Pflegeversorgung auch im ländlichen Raum durch
 - 3.1 Berücksichtigung seniorenspezifischer Belange bei der medizinischen Versorgung, Stärkung von Prävention und Rehabilitation,
 - 3.2 Weiterentwicklung der aktiven Gesundheitsprävention älterer Menschen gemeinsam mit den Partnern aus Sport und Gesundheitswesen,
 - 3.3 Förderung der Seniorenselbsthilfe,
 - 3.4 Qualitätsorientierte Weiterentwicklung von Pflegeeinrichtungen und Pflegediensten.
4. Integration älterer Menschen und Mitwirkung im politischen Leben durch
 - 4.1 Motivation zur politischen Betätigung,
 - 4.2 aktive Teilnahme an der politischen Willensbildung und die Mitarbeit in politischen Gremien und Vertretungen auf allen Ebenen.
5. Beschäftigungschancen für ältere Menschen durch
 - 5.1 Information und Beratung über die Leistungspotenziale älterer Menschen,
 - 5.2 gezielte Qualifizierung und Weiterbildung,
 - 5.3 Anreize für Beschäftigung durch gezielte Förderung,
 - 5.4 Sicherung von Beschäftigung durch die Förderung altersgerechten Arbeitens.

Der Landtag spricht sich dafür aus, dass die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Alter und dem Altern in Rheinland-Pfalz an wissenschaftlichen Einrichtungen ausgebaut wird, damit die seniorenpolitische Zukunftsplanung auf guter Grundlage stattfindet und fundierte Impulse erhält.

Für die Fraktion der SPD:
Jochen Hartloff

Für die Fraktion der CDU:
Hans-Josef Bracht

Für die Fraktion der FDP:
Herbert Mertin